

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 17.08.2017
Beginn: 17:34 Uhr
Ende: 19:25 Uhr
Ort, Raum: Stadthalle, Konferenzraum 2, WittasträÙe 5,
36251 Bad Hersfeld
Sitzungsunterbrechung: 18:55 Uhr bis 19:03 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Herr Bernd Böhle
Frau Silvia Schoenemann
Herr Gerd Hartung (für Ausschussmitglied Michael Bock)
Herr Carsten Lenz
Herr Andreas Rey
Herr Jürgen Richter
Herr Hans-Jürgen Schülbe
Herr Karsten Vollmar
Herr Bernd Wennemuth (ab 17.45 Uhr)

von der Stadtverordnetenversammlung

Herr Hartmut Ziehn
Herr Michael Barth

vom Magistrat

Herr Thomas Fehling
Herr Gunter Grimm (ab 17.45 Uhr)

Schriftführer

Herr Jerome Sauer

von der Verwaltung

Herr Markus Heide
Frau Jutta Hendler
Herr Wilfried Herzberg
Frau Anke Hofmann
Frau Dr. Tanja Roth
Herr Christian Scholz
Herr Guido Spohr
Herr Werner Steidel
Herr Felix Wimhöfer

Herr Jürgen Zehnder

Entschuldigt:

Mitglieder

Herr Michael Bock

Tagesordnung:

- 1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**
- 2. Beschlussfassung über den Ausschluss der Öffentlichkeit zu TOP 18**
- 3. Bericht über die Haushaltsentwicklung**
- 4. Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs 2017 gemäß § 28 GemHVO**
0499/19
- 5. Aufnahme eines Darlehens aus dem Hessischen Investitionsfonds**
0480/19
- 6. Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock**
0477/19
- 7. Jahresabschluss des Kurbetriebes zum 31.12.2016**
0461/19
- 8. Wirtschaftsplan 2017 des Eigenbetriebs Kurbetrieb Bad Hersfeld für das Wirtschaftsjahr 2017 - Genehmigung**
0427/19
- 9. Erwerb des Grundstückes von dem im Sachverhalt genannten Veräußerer; - Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 43, Flurstück 1778/575, Größe 99 m², - Gebäude und Freifläche "Am Markt 34"**
0479/19
- 10. Durchführung des Landeskindertrachtentreffens - "Hessentag der kleinen Leute"**
0490/19
- 11. Änderungssatzung der Kindertagesstättensatzung der Kreisstadt Bad Hersfeld**
0465/19/1
- 12. Weitere Vorgehensweise wiederkehrende Straßenbeiträge**
0501/19

- 13. **Teilnahme der Stadt Bad Hersfeld an einem Kreisarchiv**
0278/19/3

- 14. **Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 11.15 "Gesundheitszentrum Ecke Wigbertstraße - Am Kurpark - Bad Hersfeld";**
hier: 1. **Bearbeitung der von den Trägern öffentlicher Belange und von Bürgerinnen und Bürgern vorgetragene[n] Stellungnahmen bzw. Anregungen und Bedenken**
2. **Beschluß des Durchführungsvertrages zum Bebauungsplan**
3. **Beschluss der Satzung des den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 11.15 "Gesundheitszentrum Ecke Wigbertstraße - Am Kurpark - Bad Hersfeld" mit Begründung gemäß § 10 BauGB i. V. mit den §§ 5 und 51 der Hessischen Gemeindeordnung**
0488/19

- 15. **Kabeltrasse vom Roteberg zum Umspannwerk Hohe Luft - Windkraft**
0443/19/2

- 16. **198. Vergleichende Prüfung "Kurorte"**
0489/19

- 17. **Verschiedenes**

- 18. **Niederschlagung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis**
Achtung: "Steuergeheimnis" gemäß § 30 AO! Bei Diskussionen keine Namen nennen!
0481/19

zu 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Vorsitzender Böhle eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Ein besonderer Gruß gelte der örtlichen Presse, vertreten durch Herrn Schönholtz und Frau Harth, den Mitarbeitern der Verwaltung sowie den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern.

Er stellt die form- und fristgerechte Einladung zur heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des heute tagenden Ausschusses fest.

Entschuldigt für die Sitzung sei Michael Bock, der durch Gerd Hartung vertreten werde.

Vorsitzender Böhle schlägt vor, falls keine inhaltliche Diskussion zum Tagesordnungspunkt 18 anstehe, die Beschlussfassung über den Ausschluss der Öffentlich-

keit auszusetzen und nach Aufruf des Tagesordnungspunktes die Abstimmung ohne Namensnennung durchzuführen.

Gegen diese Verfahrensweise bestehen keine Bedenken seitens der Ausschussmitglieder.

Vorsitzender Böhle teilt weiterhin mit, dass die Beschlussvorlage 0278/19/3 unter Tagesordnungspunkt 13 bereits im Ausschuss für Bildung und Kultur von der Verwaltung zurückgezogen worden sei. Dieser Punkt könne somit von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Weitere Anregungen oder Einwendungen zur Tagesordnung werden seitens der anwesenden Ausschussmitglieder nicht vorgetragen.

Die Tagesordnung ist somit in der geänderten Form angenommen.

zu 2 **Beschlussfassung über den Ausschluss der Öffentlichkeit zu TOP 18**

Der Punkt wurde im Einvernehmen mit den Ausschussmitgliedern von der Tagesordnung abgesetzt.

zu 3 **Bericht über die Haushaltsentwicklung**

Der Bericht von Kämmerer Herzberg wird zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 4 gehalten.

zu 4 **Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs 2017 gemäß § 28 GemHVO 0499/19**

Auf den Sachverhalt der Drucksache wird Bezug genommen.

Kämmerer Herzberg erläutert den Bericht zur Haushaltsentwicklung mit Stichtag 31.07.2017. Er geht dabei insbesondere auf das zukünftige Berichtswesen zum Risikomanagement ein und legt die Situation bei den Kassenkrediten dar.

Ausschussmitglied Vollmar erkundigt sich, ob das Projekt „Hessenkasse“ des Landes Hessen auch für die Kreisstadt Bad Hersfeld interessant sei.

Kämmerer Herzberg gibt hierzu weitere Informationen.

(Ausschussmitglied Wennemuth nimmt ab 17.45 Uhr an der Sitzung teil.)

(Erster Stadtrat Grimm nimmt ab 17.45 Uhr an der Sitzung teil.)

Beschluss:

Der Finanzbericht zum 31.07.2017 wird zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

**zu 5 Aufnahme eines Darlehens aus dem Hessischen Investitionsfonds
0480/19**

Auf den Sachverhalt der Drucksache wird Bezug genommen.

Kämmerer Herzberg gibt weitere Informationen zur Darlehensaufnahme und den Aufnahmebedingungen.

Beschluss:

Das vom Hessischen Ministerium der Finanzen aus dem Kontingent 2017 des Hessischen Investitionsfonds bewilligte Darlehen von 500.000 € wird in Anspruch genommen und der entsprechende Anspar- und Darlehensvertrag abgeschlossen.

zur Kenntnis genommen

**zu 6 Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock
0477/19**

Auf den Sachverhalt der Drucksache wird Bezug genommen.

Kämmerer Herzberg berichtet zur Thematik.

Beschluss:

Von dem Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 20.06.2017 wird Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

**zu 7 Jahresabschluss des Kurbetriebes zum 31.12.2016
0461/19**

Auf den Sachverhalt der Drucksache wird Bezug genommen.

Bürgermeister Fehling berichtet über den Jahresabschluss und nimmt dabei zu den verschiedenen Faktoren (Kurbeitrag, etc.), die zum festgestellten Jahresverlust geführt haben, Stellung. Er wirft die Frage auf, ob es überhaupt in der heutigen Zeit, mit den gegebenen Faktoren, noch sinnvoll sei, den Kurbetrieb als Eigenbetrieb zu führen.

Den Ausführungen schließt sich eine Diskussion zwischen den Ausschussmitgliedern über die Abführung des Kurbeitrags an.

Neben der Feststellung, dass die Abführung des Kurbeitrages Pflicht sei und die Beherbergungsstätten konsequenter auf die Abführung hingewiesen werden müssen, richten die Ausschussmitglieder einvernehmlich nachfolgenden Appell an die Verwaltung:

„Die Verwaltung möge stringenter bei der Vereinnahmung des Kurbeitrags vorgehen und die Möglichkeit einer Schätzung des zu entrichtenden Beitrags für pflichtige Beherbergungsstätten rechtlich prüfen.“

Beschluss:

Es wird gemäß § 7 Abs. 3 Ziffer 5 und § 27 Eigenbetriebsgesetz der Jahresabschluss zum 31.12.2016 festgestellt und beschlossen, den Verlust des Jahres 2016 in Höhe von 523.442,69 € auszugleichen.

einstimmig beschlossen

**zu 8 Wirtschaftsplan 2017 des Eigenbetriebs Kurbetrieb Bad Hersfeld für das Wirtschaftsjahr 2017 - Genehmigung
0427/19**

Auf den Sachverhalt der Drucksache wird Bezug genommen.

Beschluss:

Die Verfügung des Landrats des Landkreises Hersfeld-Rotenburg einschließlich der Genehmigung zum Wirtschaftsplan 2017 vom 22.03.2017 wird zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

**zu 9 Erwerb des Grundstückes von dem im Sachverhalt genannten Veräußerer; - Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 43, Flurstück 1778/575, Größe 99 m², - Gebäude und Freifläche "Am Markt 34"
0479/19**

Auf den Sachverhalt der Drucksache wird Bezug genommen.

Beschluss:

Von dem Sachverhalt wird Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

**zu 10 Durchführung des Landeskindertrachtentreffens - "Hessentag der kleinen Leute"
0490/19**

Auf den Sachverhalt der Drucksache wird Bezug genommen.

Vorsitzender Böhle teilt mit, dass der Hessentagsbeirat einstimmig Zustimmung zur Drucksache empfohlen habe.

Beschluss:

Die Durchführung des Landeskindertrachtentreffens im Jahr 2018 in Bad Hersfeld wird beschlossen.

einstimmig beschlossen

**zu 11 Änderungssatzung der Kindertagesstättensatzung der Kreisstadt Bad Hersfeld
0465/19/1**

Auf den Sachverhalt der Drucksache wird Bezug genommen.

Bürgermeister Fehling teilt mit, dass die Ergänzungsvorlage erstellt werden musste, da nach Mitteilung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes zwei Passagen des Satzungsentwurfes rechtlich anfechtbar seien.

Die Fragen der Stadtverordneten Vollmar und Lenz zur Geschwisterregelung, dem gebührenpflichtigen letzten Kindergartenjahr, dem Personalaufwand für die Abrechnung der gestaffelten Gebühr sowie die zusätzlich im Haushalt veranschlagten Erträge durch die neue Gebühr werden von Bürgermeister Fehling beantwortet.

Vorsitzender Böhle verweist noch einmal auf die Ausführungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2017.

Stadtverordneter Hartung kritisiert das Nichtgreifen der sozialen Komponente in der neuen Gebührensatzung.

Stadtverordneter Richter und Stadtverordneter Wennemuth diskutieren über die Gründe der Abschaffung der gestaffelten Gebühren in den Städten Rotenburg an der Fulda und Heringen.

Stadtverordneter Lenz stellt klar, dass man die Erziehungskräfte nicht in das Abrechnungsprozedere einbeziehen solle.

Fraktionsvorsitzender Vollmar teilt mit, dass seine Fraktion der neuen Gebührensatzung nicht zustimmen werde.

Justitiar Steidel macht abschließend rechtliche Ausführungen zur neuen Satzung.

Beschluss:

Die zweite Änderung der Kindertagesstättensatzung vom 04.07.2014 wird gemäß dem dieser Drucksache beigefügten Textvorschlag beschlossen. Die Änderungssatzung tritt zum 01.09.2017 in Kraft.

mehrheitlich beschlossen

mit 5 Stimmen (CDU-Fraktion, FDP-Fraktion, FWG/Die Linke-Fraktion, UBH-Fraktion) gegen 4 Stimmen (SPD-Fraktion, Fraktion Grüne/NBL)

zu 12 Weitere Vorgehensweise wiederkehrende Straßenbeiträge 0501/19

Auf den Sachverhalt der Drucksache wird Bezug genommen.

Bürgermeister Fehling berichtet, dass der Magistrat in seiner Sitzung am 14.08.2017 für die Einführung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen nach dem dargestellten B-Modell empfohlen habe.

Stadtverordneter Wennemuth regt an, zur kommenden Stadtverordnetenversammlung am 24.08.2017 die Projektplanung in der Beschlussvorlage zu überarbeiten und die gesetzten Meilensteine in eine Abarbeitungsreihenfolge für die Einführung der neuen Gebühr zu bringen.

Amtsrat Zehnder macht Ausführungen zu den Abrechnungsgebieten und –modalitäten sowie den Kosten für die Bürger.

Im Rahmen der Diskussion wird die Änderung des Beschlussvorschlages durch den Stadtverordneten Lenz sowie Ausschussvorsitzenden Böhle angeregt.

Nachfolgender geänderter Beschlusstext wird vorgeschlagen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen (Umstellungsprozess) durchzuführen, um wiederkehrende Straßenbeiträge nach dem im Sachverhalt dargestellten B-Modell (3- bis 5-jähriger Abrechnungszeitraum) einführen zu können und einen notwendigen Satzungsentwurf vorzulegen.“

Vorsitzender Böhle schlägt eine Sitzungsunterbrechung vor, um den neuen Beschlussvorschlag mit den Fraktionsvorsitzenden zu erörtern.

(Die Sitzung wird von 18.55 Uhr bis 19.03 Uhr unterbrochen.)

Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilt Vorsitzender Böhle mit, dass man sich darauf verständigt habe, den Beschlussvorschlag in der geänderten Fassung zur Abstimmung zu stellen.

Sodann lässt Vorsitzender Böhle über den Beschlussvorschlag in der geänderten Fassung abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen (Umstellungsprozess) durchzuführen, um wiederkehrende Straßenbeiträge nach dem im Sachverhalt dargestellten B-Modell (3- bis 5-jähriger Abrechnungszeitraum) einführen zu können und einen notwendigen Satzungsentwurf vorzulegen.

einstimmig beschlossen mit Änderung
bei 2 Stimmenthaltungen (CDU-Fraktion)

zu 13 Teilnahme der Stadt Bad Hersfeld an einem Kreisarchiv 0278/19/3

Die Beschlussvorlage wurde zu Beginn der Sitzung unter Tagesordnungspunkt 1, aus den dort genannten Gründen, von der Tagesordnung genommen.

Beschluss:

Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung für ein gemeinsames Kommunalarchiv für die Verwaltungsakten wird zugestimmt.

Die historisch archivwürdigen Bestände werden in einem eigenen Stadtarchiv Bad Hersfeld aufgenommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Landkreis insoweit den Vertrag nach zu verhandeln, dass der Kreisstadt Bad Hersfeld ein Mitspracherecht bezüglich der Führung und der Preisgestaltung eingeräumt wird (z. B. Ausschuss oder Beirat).

TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt

zu 14 Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 11.15 "Gesundheitszentrum Ecke Wigbertstraße - Am Kurpark - Bad Hersfeld"; hier: 1. Bearbeitung der von den Trägern öffentlicher Belange und von Bürgerinnen und Bürgern vorgetragenen Stellungnahmen bzw. Anregungen und Bedenken 2. Beschluß des Durchführungsvertrages zum Bebauungsplan 3. Beschluss der Satzung des den Vorhabenbezogenen Bebauungs- plan Nr. 11.15 "Gesundheitszentrum Ecke Wigbertstraße - Am Kur- park - Bad Hersfeld" mit Begründung gemäß § 10 BauGB i. V. mit den §§ 5 und 51 der Hessischen Gemeindeordnung 0488/19

Auf den Sachverhalt der Drucksache wird Bezug genommen.

In Vertretung für Fachbereichsleiter van Horrick teilt Klimaschutzbeauftragter Spohr mit, dass § 4 „Fertigstellung der Anlagen“ im Durchführungsvertrag fehlerhaft sei.

Der Passus „... den von der SEG ...“ müsse komplett gestrichen werden. Ebenso sei die Passage „... die kommunale Straße 'Leinenweberstraße' ...“ durch „... die kommunalen Straßen 'Am Kurpark und Wigbertstraße' ...“ zu ersetzen.

Aus den Reihen der Ausschussmitglieder wird der Presseartikel über den Baubeginn angesprochen und die fehlende Information hierüber in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt kritisiert.

Bürgermeister Fehling nimmt zu den Punkten Stellung.

Beschluss:

1. Dem vorgelegten Durchführungsvertrag zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan wird zugestimmt.
2. Es wird festgestellt, dass keine weiteren Anregungen der Bürgerinnen und Bürger vorliegen. Die im Verfahren vorgetragenen Anregungen wurden eingearbeitet.
3. Die von den Trägern öffentlicher Belange vorgetragenen Anregungen sind eingearbeitet und sollen entsprechend beantwortet werden.
4. Der den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 11.15 "Gesundheitszentrum Ecke Wigbertstraße - Am Kurpark - Bad Hersfeld" mit Begründung wird gemäß § 10 BauGB i. V. mit den §§ 5 und 51 der Hessischen Gemeindeordnung als Satzung beschlossen.

einstimmig beschlossen

bei 1 Stimmenthaltung (UBH-Fraktion)

zu 15 Kabeltrasse vom Roteberg zum Umspannwerk Hohe Luft - Windkraft 0443/19/2

Auf den Sachverhalt der Drucksache wird Bezug genommen.

Fragen der Ausschussmitglieder Schülbe und Wennemuth zu der Rückbaubürgerschaft sowie der Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung werden von Justitiar Steidel beantwortet.

Stadtverordneter Barth berichtet über die gemeinsame Sitzung der Ortsbeiräte Kathus, Sorga, Petersberg und Hohe Luft sowie die Ortsbegehung zu dieser Angelegenheit.

Die Frage nach der Abstimmung in den Ortsbeiräten durch Ausschussmitglied Schoenemann wird vom Klimaschutzbeauftragten Spohr beantwortet.

Weitere Redebeiträge zur Sache folgen durch Ausschussmitglied Vollmar sowie Vorsitzenden Böhle.

Beschluss:

Dem Gestattungsvertrag mit der Firma Windpark Roteberg GmbH & Co. KG, vormals firmierend unter BürgerWind Roteberg GmbH & Co. KG, vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin Windpark Krusemark Verwaltungs GmbH mit Sitz in Rheine, diese vertreten durch den einzelvertretungsberechtigten Adam Janas, wird zugestimmt.

mehrheitlich beschlossen

bei 2 Gegenstimmen (1 Stimme SPD-Fraktion, 1 Stimme UBH-Fraktion)

**zu 16 198. Vergleichende Prüfung "Kurorte"
0489/19**

Auf den Sachverhalt der Drucksache wird Bezug genommen.

Beschluss:

Von dem Schlussbericht der 198. Vergleichenden Prüfung „Kurorte“ wird Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

zu 17 Verschiedenes

Zum Tagesordnungspunkt erfolgen keine Redebeiträge aus den Reihen der Ausschussmitglieder.

**zu 18 Niederschlagung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis
Achtung: "Steuergeheimnis" gemäß § 30 AO! Bei Diskussionen keine
Namen nennen!
0481/19**

Auf den Sachverhalt der Drucksache wird Bezug genommen.

Wie unter Tagesordnungspunkt 1 verabredet, wird die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen, da keine inhaltliche Diskussion der Vorlage erfolgen soll.

Eine rechtliche Frage des Stadtverordneten Lenz zur Einziehbarkeit beim Nachfolgeeigentümer wird von Kämmerer Herzberg beantwortet.

Beschluss:

Es wird der unbefristeten Niederschlagung der rückständigen Grundsteuern für die in dem beigefügten Verzeichnis aufgeführte Steuerpflichtige in Höhe von insgesamt 8.257,24 € zugestimmt.

einstimmig beschlossen

gez. Bernd Böhle
Vorsitzender

gez. Jerome Sauer
Protokollführer